Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 291 | Mittwoch, den 21. Oktober 1931 | Jahrgang 1931

Statt Entlastung neue Belastung der Gemeinden.

Gemeinsame Kundgebung aller kommunalen Spitzenverbände.

◇ Berlin, 20. Oktober.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hält heute im Städtehaus in der Alsenstraße eine Besprechung über die kommunale Finanzlage ab.

Der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert ging aus von dem ungeheuren Fehlbetrag der Gemeinden und Gemeindeverbände nach der Zahlungskrise im Juli d. J., den man für das Rechnungsjahr 1931/32 auf 800 Millionen Mark berechnet habe. Reich, Länder und Gemeinden hätten ihre Haushalte im Juli auf die Deckung dieses gewaltigen Defizits einstellen müssen.

Die Gemeinden ihrerseits haben, so fuhr der Redner fort, auf dem Wege der Selbsthilfe eine Drosselung aller Ausgaben eingeleitet und allen Gebieten kommunaler Arbeit schwerste Opfer auferlegt. Damit ist die Grenze des Tragbaren erreicht worden. Die Reichsregierung hat durch die Notverordnung vom 6. Oktober einen Betrag von 170 Millionen für die Gemeinden und Gemeindeverbände bereitgestellt, der mit den durch die Notverordnung vom 5. Juni gegebenen 60 Millionen eine wesentliche Entlastung herbeiführen sollte.

Es stellt sich aber jetzt heraus, daß die von der Reichsregierung beabsichtigte Hilfe keineswegs eingetreten ist. Denn die Reichsregierung hat eine Reihe anderer Maßnahmen beschlossen oder durch andere Organe durchführen lassen, die die Gemeinden aufs neue schwer belasten und die Reichshilfe illusorisch machen.

Diese neuen Belastungen werden auf folgenden Gebieten gesehen: In der durch die Reichsanstalt eingeführten Kürzung der Unterstützungsdauer für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, durch die den Gemeinden eine Belastung von rund 30 Millionen Mark auferlegt wird, in der Möglichkeit für die Länder, die Landesbeihilfen zurückzunehmen, wodurch den Gemeinden eine Mehrausgabe von mindestens 70 Millionen Mark erwächst, im weiteren Ansteigen der Wohlfahrtserwerbslosen, das voraussichtlich 40 Millionen Mk. erfordert, im Rückgang der Gemeindeeinnahmen aus Ueberweisungs- und eigenen Steuern, der nach dem heutigen Stand der Dinge allein für die Ueberweisungssteuern 140 Millionen Mk. betragen dürfte. In der Nichtbefolgung des vorgeschlagenen Lastenabbaues in der sogenannten gehobenen Fürsorge, durch die die Gemeinden mit der erwarteten Ersparnis von etwa 25 Millionen Mk. in diesem Winterhalbjahr nicht rechnen können.

Insgesamt werden die Gemeinden durch die jetzigen Maßnahmen der Reichsregierung und die Wirtschaftsentwicklung mit rund 305 Millionen Mark mehr belastet.

Diese Summe deckt sich nicht ganz mit der Reichshilfe. Die Gemeinden und Gemeindeverbände erwarten auf das bestimmteste die zugesagte Entlastung ihrer Finanzen, die nur vom Reich aus geschehen kann. Es wird dem Reich nichts anderes übrig bleiben, als auch seinerseits alle Kräfte auf die Ernährung der Arbeitslosen zu konzentrieren und Aufgaben, die in diesem Rahmen nicht unbedingt notwendig sind, abzubauen. Außerdem wird das Reich organische Reformen in der Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosenfürsorge durchführen müssen. Die von den Geeminden und Gemeindeverbänden immer wieder geforderte Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zu einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge würde die Verwaltung wesentlich vereinfachen und nennenswerte Ersparnisse erzielen. Vor allem aber ist die Zeit des Nebeneinanders und Gegeneinanders vorbei: Die immer stärker wachsenden Schwierigkeiten erfordern ein vorbehaltloses Zusammenarbeiten von Reich, Ländern und Gemeinden.

Die Ausführungen Dr. Mulerts wurden durch die übrigen kommunalen Spitzenverbände ergänzt. Für den Deutschen Landkreistag sprach dessen Präsident Dr. von Stempel, der eingehend die Verhältnisse in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden darlegte. Im besonderen wies er darauf hin, daß eine Anzahl preußischer Landkreise und sächsischer Bezirksverbände höher belastet sind als die kürzlich von dem Reichsfinanzminister genannten Städte Berlin, Köln, Frankfurt a. M. und Aachen. Die steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen hätten zur Folge, daß die Landkreise die für sie noch verfügbaren Mittel auf die Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen konzentrieren müßten. Obwohl dieser harten Notwendigkeit die übrigen Aufgaben der Landkreise fast ganz zum Opfer fallen müssen, sei die Finanzdecke immer noch zu kurz. Alle Instanzen müßten bei der einen dringlichen Aufgabe zusammenwirken: die Wohlfahrtserwerbslosen am Leben zu erhalten.

Der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes, Dr. Haekel, wies darauf hin,

daß die durch die Reichsnotverordnung am 6. Oktober d. J. bereitgestellten Reichsmittel für die kreisangehörigen Gemeinden überhaupt keine Entlastung bedeuteten.

Der Ausfall der Reichshilfe sei für die große Zahl der kreisangehörigen Städte mit industriellem Charakter aber unerträglich. Auch die übrigen kreisangehörigen Städte seien außerstande, den vollen Lastenanteil der Krisenunterstützung aus eigenen Einnahmen aufzubringen, weil letztere sich in einem katastrophalen Rückgang befänden.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gercke, M. d. R., unterstrich die Ausführungen über die besondere Notlage der kreisangehörigen Gemeinden und wies darauf hin, daß die Notlage der Landgemeinden noch wesentlich dadurch verschärft würde, daß die Steuerkraft ganz besonders auf dem Lande in den letzten Jahren in einem erschreckenden Maße zurückgegangen sei.

Das Hinzutreten der unerträglich gesteigerten neuen zwangsläufigen Erwerbslosenlasten müsse eine Finanzkatastrophe der Landgemeinden herbeiführen,

wenn nicht schleunigst mit durchgreifenden Maßnahmen des Reiches eine wesentliche Erleichterung geschaffen würde.

Frankreich und die Besprechungen in Washington.

Konsultativpakt über die Sicherheits- und Abrüstungsfrage.

Paris, 20. Oktober.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas funkt von Bord der „Isle de France" eine offenbar beeinflußte Meldung, die im großen und ganzen als Bestätigung von anderer Seite übermittelter Ausführungen gelten kann. In der Meldung der offiziösen Agentur heißt es:

Hinsichtlich des Sicherheits- und Abrüstungsproblems ist Frankreich bereit, weitere Rüstungsherabsetzungen vorzunehmen, wenn im Austausch dafür präzise Verpflichtungen zur gegenseitigen Hilfeleistung im Falle eines Angriffs eingegangen werden.

Nach dieser Richtung scheint sich ein Fortschritt in der Auffassung der amerikanischen Kreise anzubahnen, die jetzt geneigt sind, den Briand-Kelloggpakt durch einen Konsultativpakt zu verstärken. Doch muß man fragen, ob Washington darüber hinaus sich binden und grundsätzlich wenigstens

auf rein finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen beschränkte Sanktionen gegen den Angreifer

übernehmen möchte. Jedenfalls wird sich Ministerpräsident Laval bemühen, nicht den geringsten Bruchteil der nationalen Sicherheit zu opfern, da die endgültige Entscheidung über jede Initiative, die von der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz evtl. ergriffen werden könnte, dem aus den Kammerneuwahlen von 1932 hervorgehenden Parlament überlassen bleiben muß.

Was die Schulden- und Reparationsfrage anlangt, so hat diese nach dem französischen Vorschlag überhaupt nichts mit dem Sicherheitsproblem zu tun, kann also auch nicht auf diese Weise mit der Abrüstungsfrage zusammengebracht werden,

wie gewisse amerikanische Nachrichten zu Unrecht glauben machen könnten. Präsident Hoover hat bereits angekündigt, daß er wegen der Lage Deutschlands und der Weltkrise eine Herabsetzung der Schulden plane. Der Vertreter Frankreichs würde jedem Vorschlage zustimmen, der

Frankreich wenigstens teilweise eine „positive Reparationsbilanz" beläßt.

Zwecks Erleichterung der Regelung könnte man namentlich auf Sachlieferungen zurückgreifen, die dazu beitragen würden, die Arbeitslosigkeit in Deutschland und Frankreich durch Ausführung des von der Regierung bereits angenommenen Programms großer öffentlicher Arbeiten zu vermindern. Auf diese Weise könnten die gegenwärtig in Deutschland festgelegten kurzfristigen Kredite leichter freigemacht werden.

Bezüglich der Währungskrise hat Präsident Hoover bereits die Gewißheit erhalten, daß Ministerpräsident Laval günstig eingestellt ist.

Das zwischen der Bank von Frankreich und der Federal Reservebank über die Aufrechterhaltung der Guthaben der Bank von Frankreich in Newyork soeben abgeschlossene Abkommen ist nach dieser Richtung hinreichend bezeichnend. Die beiden Regierungen werden sicher gemeinsame Maßnahmen zum Schutze der Goldwährung ins Auge fassen, die die unerläßliche Grundlage jedes gesunden Währungssystems bleibt.

Rückkehr Höpker-Aschoffs ins Finanzministerium?

Von unserer Berliner Redaktion.

○ Berlin, 20. Oktober. (Drahtb.)

In preußischen parlamentarischen Kreisen wurde am Dienstag ernsthaft von der Wiederkehr des aus seinem Amt ausgeschiedenen preußischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff gesprochen. In diesem Sinne wurde besonders der Besuch ausgelegt, den Dr. Höpker-Aschoff in Askona dem dort weilenden preußischen Ministerpräsidenten Braun gemacht hat. Zunächst wird diese persönliche Aussprache ohne Zweifel dazu gedient haben, die Mißverständnisse aufzuklären, die zu dem Rücktritt des Finanzministers geführt haben. In unterrichteten Kreisen glaubt man aber auch, daß Ministerpräsident Braun es nicht unterlassen haben wird, den Minister Dr. Höpker-Aschoff darauf hinzuweisen, daß ein besonders schwerwiegender Grund für seinen Rücktritt nicht vorgelegen habe, und daß es gerade jetzt nicht angängig sei, einen Wechsel im preußischen Finanzministerium vorzunehmen. Sollte jedoch Höpker-Aschoff auf seinem bisherigen Beschluß verharren, so dürfte voraussichtlich mit einer Neubesetzung doch nicht vor der Rückkehr des Ministerpräsidenten Braun aus seinem Erholungsurlaub zu rechnen sein.

An Kandidaten für den Posten des preußischen Finanzministers fehlt es nicht. Während Reichskanzler Dr. Brüning vor 14 Tagen zur Ergänzung seines Kabinetts an den Türen zahlreicher Wirtschaftsführer anpochte, drängen sich beinahe die Bewerber um die Nachfolge des zurückgetretenen Dr. Höpker-Aschoff. Es heißt sogar, die Zahl der Bewerber sei so groß, daß die Stellen, die bei der Neubesetzung mitzureden haben, sich kaum retten könnten. U. a. werden als Kandidaten genannt der Präsident der Preußenkasse Klepper, der Ministerialdirektor im preußischen Innenministerium Dr. Bredt, der Ministerialdirektor im preußischen Finanzministerium Großer, der Präsident des deutschen Städtetages Dr. Mulert. In parlamentarischen Kreisen wurde auch der Name des Staatssekretärs im preußischen Innenministerium Abegg genannt. Weiter wird behauptet, daß sich auch mehrere frühere Bankdirektoren für die Uebernahme des preußischen Finanzministeriums angeboten haben sollen. Angesichts dieser Fülle von Bewerbern wäre es doch zu begrüßen, daß der Minister, der das preußische Finanzministerium viele Jahre hindurch leitete, nach Ausräumung der vorhandenen Differenzen wieder auf seinen Posten zurückkehrte.

Reichsausschuß der Zentrumspartei erst am 5. November.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: Berlin, 20. Oktober (Drahtb.).

Die für den 25. Oktober einberufene Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei ist auf Donnerstag, den 5. November, verschoben worden. Die Verlegung der Tagung hat sich als notwendig erwiesen, weil Reichskanzler Dr. Brüning, der die Absicht hat, auf der Tagung eine große politische Rede zu halten, durch den Besuch des italienischen Außenministers Grandi am nächsten Sonntag in Anspruch genommen ist. Durch die Verschiebung der Tagung gewinnen die Beratungen des Parteiausschusses an Bedeutung, da voraussichtlich bis zum 5. November schon ein gewisser Ueberblick über die Aufgaben des Wirtschaftsbeirates und das Winterprogramm der Regierung möglich ist.

Tagesfragen.

Noch mehr Bürger- und Biersteuer? Nicht nur die Provinz Westfalen, wie wir gestern gemeldet haben, sondern auch die Rheinprovinz ist durch ein Rundschreiben des preußischen Innenministers peinlichst überrascht worden. Er fordert die Sicherung der den Landesbanken in beiden Provinzen im Juli gewährten Ueberbrückungskredite durch Erhöhung der Provinzialumlage. Für die Oeffentlichkeit bedeutet es zugleich etwas Neues, daß ähnlich wie die Landesbank der Rheinprovinz, von deren Schwierigkeiten in den letzten Monaten des öfteren die Rede war, auch die Landesbank der Provinz Westfalen im Juli durch die Auswirkung der allgemeinen Geldknappheit in eine kritische Lage geraten ist. Der Innenminister vertritt in Uebereinstimmung mit dem Finanzminister die Auffassung, daß die beiden Provinzen als Gewährsträger für die den Landesbanken gewährten Darlehen die nötige Vorsorge für die Rückzahlung und die Bürgschaftsübernahme treffen müßten. Denn der augenblickliche Status der beiden Bankinstitute ist nicht so, daß von ihnen in absehbarer Zeit die Rückzahlung zu erwarten wäre. Rechtlich läßt sich gegen den Standpunkt der beiden Minister nichts einwenden, da Reich und Staat, wie in dem Erlaß des Ministers durchaus richtig gesagt wird, ihre Hilfe damals davon abhängig gemacht haben, daß sie zu der vereinbarten Zeit von ihren für die Landesbanken durch die Bereitstellung von Schatzanweisungen übernommenen Verpflichtungen wieder befreit werden. Die Provinzialverbände sollen darum also zum mindesten die Beträge bereitstellen, die die Landesbanken zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Reich und Staat benötigen. Deshalb sind die Oberpräsidenten der beiden Provinzen vom Minister angewiesen worden, sofort dafür zu sorgen, daß die Provinzialumlage für 1931 um einen Betrag erhöht wird, der im absoluten Ergebnis 50 v. H. des Aufkommens der Bürgersteuer nach dem Landessatz in allen Gemeinden der Provinz gleichkommt. Für Westfalen würde dies, bei der Höhe der außenstehenden Gelder zur Erfüllung der Verbindlichkeiten der Landesbank, wie der Westfälische Provinzialausschuß am Montag festgestellt hat, nicht weniger als die Verdoppelung der Provinzialumlage bedeuten. Wie die Auswirkung für die Rheinprovinz ist, steht noch nicht fest, da der Rheinische Provinzialausschuß erst heute zusammentritt. Aber in beiden Provinzen hätte die Erhöhung der Provinzialumlage zur Folge, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände neue Beschlüsse über die Deckung der auf sie entfallenden Zahlungen zu fassen hätten. Die Aufbringung dieser Mittel denkt sich der Innenminister so, daß die Stadtkreise in Anbetracht des Verbots einer Erhöhung der Realsteuern die Bürgersteuer oder die Biersteuer, die Landkreise die Kreisumlage und die kreisangehörigen Gemeinden zum Ausgleich ihres Haushalts die Bürgersteuer erhöhen müßten. Der Minister teilt mit, daß er alle diese Beschlüsse genehmigen würde und fordert gleichzeitig, daß die Beschlüsse der Gemeinden nicht nur bis zum 26. Oktober gefaßt, sondern bis dahin auch von den Aufsichtsbehörden genehmigt sein müßten. Wenn die Provinzialausschüsse ihre Beschlüsse nicht in kürzester Frist fassen, dann sollen die Oberpräsidenten als Staatskommissare das Erforderliche selbst anordnen. Die Landeshauptleute Dr. Dieckmann und Dr. Horion sind zunächst nach Berlin gefahren, um zu versuchen, ob nicht eine andere Regelung zu erreichen ist. Wir wissen noch nicht, ob dieser Versuch Erfolg gehabt hat; aber sehr zuversichtlich haben sie sich am Montag schwerlich auf die Reise begeben. Und doch sind Steuererhöhungen, wie sie der Minister anregt, undurchführbar, wenigstens für einen großen Teil der betroffenen Gemeinden. Denn in den Städten

Schließung eines Teils der pädagogischen Akademien.

VDZ Berlin, 20. Oktober.

Wie dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erklärt wird, scheint der Plan, die pädagogischen Akademien aus Ersparnisgründen zu schließen, nun greifbarere Gestalt angenommen zu haben. Es handelt sich dabei um ein Projekt, das vom preußischen Finanzministerium ausgehen soll, aber nicht nur den Widerstand des Kultusministeriums und der Kirchenbehörden, sondern auch anderer weitgehend interessierter Kreise gefunden hat, die in der Schließung der Akademien eine Verminderung der Volksschullehrerausbildung erblicken. Am Dienstag fand in der Angelegenheit eine Aussprache zwischen dem Kultusminister Grimme und dem stellvertretenden Finanzminister Schreiber statt. Die Absicht, sämtliche Akademien für mehrere Jahre völlig zu schließen, dürfte nicht verwirklicht werden, doch ist mit einer Aufnahmesperre und damit mit der Schließung eines Teils der Akademien zu rechnen. Diese Einschränkungen werden mit der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen und dem Hinweis auf die große Zahl stellungsloser Junglehrer begründet, deren es nicht weniger als rund 20 000 gibt. Es wird aber immer wieder versichert, daß an eine Preisgabe der akademischen Lehrerbildung nicht gedacht sei.

haben wir heute doch schon meist die zwei- oder dreifache Bürgersteuer und die erhöhte Biersteuer. Glaubt man in Berlin im Ernste, daß die Bürgersteuer noch mehr erhöht werden kann? Und was die Biersteuer anlangt, so ist der Verbrauchsrückgang doch dafür bezeichnend genug, daß hier bereits eine Ueberbesteuerung vorliegt. Eine Erhöhung der Tarife kann auch nicht in Frage kommen. Viele Gemeinden sind überdies sogar mit einem ungedeckten Etat in das neue Rechnungsjahr hineingegangen, und inzwischen ist doch alles andere als eine Besserung eingetreten. Nun sollen noch Steuern beschlossen werden, die nicht der eigenen Gemeinde zugute kommen! Wir bezweifeln, daß auch nur eine von diesen notleidenden Kommunen einen solchen Beschluß fassen wird. Man würde also wiederum mit der Festsetzung der Steuererhöhungen durch die Aufsichtsinstanzen zu rechnen haben. Daß bei der Provinz Ersparnisse in dem notwendigen Umfange möglich wären, ist natürlich ganz ausgeschlossen. Müßten sie doch in Westfalen schon so hoch sein wie die ganze Provinzialumlage! Natürlich wird man versuchen, noch Ersparnisse zu machen. Und in unserer gestrigen Meldung war ja auch schon gesagt, daß das in Westfalen z. B. bei den Provinzialheilanstalten möglich sein müßte. In der Rheinprovinz würde dasselbe gelten. Aber damit wäre es doch nicht getan. Die Schuld an der Illiquidität der Bankinstitute liegt gewiß zum großen Teil an den Gemeinden, wenn auch nicht an allen. Aber trotz dieser Schuld geht das Verlangen des Ministers zu weit, zumal diese selben Gemeinden doch übergenug mit der Fürsorge für die zunehmende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen belastet sind.

★

Vergessene Warnungsrufe Stresemanns.

Die Deutsche Volkspartei hat den Kurs Stresemanns unter seinem zweiten Nachfolger im Parteivorsitz verlassen. Allerdings hat dieser Abmarsch ins Lager der „nationalen Opposition" auch Widerspruch gefunden. Das hat sich schon bei der Abstimmung im Reichstag gezeigt, wo immerhin fünf Abgeordnete im schroffen Gegensatz zu der Fraktionsmehrheit sich für die Regierung aussprachen und zwei sich der Stimmen enthielten, während zwei weitere Abgeordnete fehlten, unter diesen Dr. Curtius, der ganz sicher auch für Brüning gestimmt haben würde. Wenigstens der vierte, wenn nicht der dritte Teil der Fraktion lehnt also den Kurs Dingeldeys ab. Und daß diese Minderheit auch in der volksparteilichen Wählerschaft Rückhalt hat, beweist eine Kundgebung der Deutschen Volkspartei in Baden. Dort haben ihre Parteileitung, die Landtagsfraktion und die Bezirksführer in einer Entschließung erklärt, daß das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning nicht ihre Zustimmung findet und daß die Stellungnahme der fünf volksparteilichen Abgeordneten, die für das Kabinett gestimmt haben, gebilligt wird. Dieser Teil der volksparteilichen Wählerschaft dürfte mit seiner Anschauung gewiß nicht allein stehen. Interessant ist es nun, daß man aus Briefen Stresemanns, die die „Vossische Zeitung" dieser Tage veröffentlicht hat, feststellen kann, wie schwer schon er mit der Richtung in seiner Partei zu kämpfen hatte, die diese an die Seite der Deutschnationalen zu drängen suchten. Besonders aufschlußreich ist ein im März 1929 geschriebener Brief von ihm an einen Freund. Der Brief entstand, wenige Wochen nachdem der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, zum ersten Male, solange Stresemann Parteiführer war, eine offene Auflehnung gegen ihn und seine Politik versuchte. Damals trug sich Stresemann mit dem Gedanken, den Parteivorsitz niederzulegen. Dies kommt in den folgenden Sätzen zum Ausdruck, die das Vermächtnis des verstorbenen Führers an seine Partei enthalten:

„Manche Parteisekretäre empfinden es als angenehm, in der Opposition gegen den Staat zu stehen. Man kann sich dann wieder mit dem Stahlhelm verbrüdern, man kann wieder „den nationalen Gedanken vor dem Volke leuchten lassen", man kann wieder drohende Reden halten, hinter denen zwar nichts steht, die aber dem Volke so lieblich eingehen. Verstärkt wird die Unzufriedenheit in der Partei dadurch, daß wir mit den Sozialdemokraten in einer Regierung zusammen sind. Von rechts wird in bezug auf die Sozialdemokratie das Wort „Landesverräter" gebraucht, als wenn man es wagen könnte, das von einer Partei zu sagen, die vielleicht prozentual die meisten Toten im Weltkriege gehabt hat und auf die wir uns haben stützen müssen, als es bei den Abstimmungen im Osten gegen Polen, im Westen gegen die Separatisten ging. Ob und wieweit gesellschaftliche Bindungen nach der deutschnationalen Seite dabei mitsprechen, will ich nicht untersuchen. Die Partei erträgt auf die Dauer höchstens ein Mittelkabinett, die Sehnsucht vieler drängt sie aber nach der Rechten. Es kommt hinzu, daß wir keine Partei der Weltanschauung mehr sind, sondern mehr und mehr zu einer reinen Industriepartei werden. Die alte Nationalliberale Partei wachte darüber, bei Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern objektiv zu sein. Heute bringt die Fraktion überhaupt nicht mehr den Mut auf, in einen Gegensatz zu den großen Arbeitgeber- und Industrieverbänden zu treten. Man erträgt, daß 23 Mitglieder der Fraktion mittelbar oder unmittelbar zur Wirtschaft gehören und ist empört darüber, wenn ein zweiter Angestellter in die Fraktion eintreten soll. Ich halte es für eine Gefahr, die Sozialdemokratie in die Opposition zu treiben, weil dadurch eine Brücke zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus hergestellt wird, die das Reich in die schwerste Gefahr bringen kann. Ich perhorresziere den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung, weil mit diesen Patentpatrioten nicht zu regieren ist, und weil diejenigen, die die Dinge richtig erkennen, nicht den Mut haben, dies zum Ausdruck zu bringen, und die anderen entweder die Beherrschung Deutschlands durch die Plutokratie herbeiführen würden (Hugenberg) oder die Herrschaft des Maulheldentums. Für mich ergibt sich aber daraus eine Situation, zu der ich sehr bald werde Stellung nehmen müssen. . . . . Ich wünsche nicht, der Partei eine größere Verantwortung aufzubürden, als die Partei selbst sie tragen zu können glaubt. Deshalb denke ich daran, in der nächsten Sitzung des Parteivorstandes seinen Mitgliedern davon Kenntnis zu geben, daß ich meine Ehrenämter innerhalb der Partei niederzulegen gedenke, um eine Aussprache darüber herbeizuführen, wie sich diese Scheidung von der Partei vollziehen soll . . ."

Die Scheidung von seiner Partei ist Stresemann erspart geblieben, aber man weiß, wie er noch am Tage vor seinem Tode all seinen Einfluß hat aufbieten müssen, um die Richtung, die jetzt unter Dingeldeys Führung Oberwasser bekommen hat, bei der Stange zu halten. Bei den Reichstagswahlen im vorigen Jahre bediente sich die Deutsche Volkspartei eines Plakates, das den Kopf des verstorbenen Führers zeigte. Sie hatte nichts, von dem sie sich mehr Eindruck auf die Wähler versprach. Eben ist seitdem ein Jahr verflossen. Stresemanns Warnungen an seine Partei sind verhallt, nur ein Viertel oder ein Drittel ihrer Abgeordneten hält noch treu an dem Kurs, der sein Kurs war. Dingeldey und der verstärkte Industrieflügel aber haben sich auf die Seite derer geschlagen, von denen der ebenso häßliche wie törichte Spruch stammte: Stresemann verwese man! Dazu freilich klingt's für die Deutsche Volkspartei wie eine Sterbeglocke: Dingel, Dingel, Dingeldey.

Bürgerkrieg in Braunschweig?

Bericht des Garnisonältesten.

)(**Berlin, 20. Oktober.**

Seit der Ankunft der Nationalsozialisten zu dem SA.-Treffen ist es nach Berichten aus Braunschweig dort noch nicht wieder ruhig geworden. Die letzten auswärtigen Nationalsozialisten haben zwar gestern die Stadt verlassen, aber die Aufregung hält an. Das Ueberfallkommando ist noch nicht zur Ruhe gekommen. Im ganzen sind von den Polizeibeamten in diesen Tagen ungefähr anderthalb Zentner Mordinstrumente (Stuhlbeine, Tischbeine, Hämmer, Totschläger, Steine, Seitengewehre, Dolche usw.) beschlagnahmt worden, die den an Schlägereien Beteiligten oder Verdächtigen abgenommen wurden. In der vergangenen Nacht griffen die Unruhen auch auf das benachbarte Wolfenbüttel über. Es kam zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer schweren Schlägerei, bei der auch geschossen wurde. Ein Nationalsozialist und ein Kommunist wurden erheblich verletzt. Der eingreifenden Polizei, die gleichfalls beschossen wurde, gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Der 17 Jahre alte Friseurlehrling Wilhelm Rohde wurde später tot in das Wolfenbütteler Krankenhaus eingeliefert. Er weist schwere Schuß- und Stichverletzungen auf. Da es am Sonntag in Braunschweig außer 62 Schwerverletzten schon zwei Tote gegeben hat, ist die Zahl der Todesopfer auf drei gestiegen.

Reichsinnen- und Reichswehrminister Groener, der den Bericht der braunschweigischen Regierung über die Vorgänge in Braunschweig anläßlich des SA.-Treffens noch abwartet, um seine endgültigen Entscheidungen zu treffen, hatte den Garnisonältesten der Reichswehr, Oberst Geyer, zur Berichterstattung aufgefordert, der pflichtgemäß und in Fühlungnahme mit dem Schutzpolizeikommando die Vorgänge beobachtet hat. Der Bericht des Garnisonältesten besagt, daß der Aufmarsch der Nationalsozialisten schon mehrere Tage vor dem 17. Oktober durch Zeitungsartikel, Plakate usw. eine gewisse gereizte Stimmung verursacht habe, die u. a. dazu geführt habe, daß ihm ein Redakteur das falsche Gerücht von der Erklärung des Belagerungszustandes zugetragen habe. Da jedoch die Polizei vollkommen Herr der Lage gewesen sei, sei eine militärische Vorsorge besonderer Art nicht gegeben gewesen. Auch jetzt (17. Oktober) sei ein solches Vorgehen nicht notwendig gewesen, obwohl bekannt geworden war, daß auch die Gegner der Nationalsozialisten Zuzug von auswärts bekommen hatten und es bereits Schlägereien mit Verletzten gegeben habe. Am Abend des 17. Oktober habe ein Fackelzug von 6000 Nationalsozialisten stattgefunden, der durch die Haupt- und Nebenstraßen geführt habe. Niemand habe Bedenken gehabt, auch Frauen und Kinder dem Fackelzug zuschauen zu lassen. Zu ernsthaften Zwischenfällen sei es nirgends gekommen. Ich selbst, so berichtet der Standortälteste, war den ganzen Abend in der Stadt und kam erst nach Mitternacht nach Hause, und zwar ohne jeden Zwischenfall bemerkt zu haben. Ueber die Ereignisse des 18. (Sonntag) sagt der Bericht, daß sämtliche Veranstaltungen außerordentlich diszipliniert gewesen seien. Lediglich das lange Warten und gelegentliche Ueberfälle auf Nationalsozialisten haben an einzelnen Stellen vorübergehende Spannung ausgelöst. Von der einen Seite, und zwar nicht von Nationalsozialisten, wurde das Pflaster aufgerissen, wogegen von der anderen Seite mit Stürmen auch auf Häuser geantwortet wurde, wobei eine Menge Fensterscheiben zerschlagen wurde. Am kritischsten war nach Auffassung der Polizei die Zeit zwischen 17 und 18 Uhr. Die Polizei war jedoch in jedem Augenblick Herr der Lage, so daß es nicht nötig war, von der Waffe Gebrauch zu machen. Mit großem Erfolge wurde ein Sprengwagen eingesetzt. Auch nachts war die Lage so, daß keine Bedenken bestanden, auch Frauen und Kinder ausgehen zu lassen. Die verhältnismäßig hohe Zahl der Taten und Verletzten erklärt sich aus der großen Teilnahme an den Ereignissen und an der gereizten Stimmung der Bevölkerung.

Soweit der Bericht des Obersten Geyer, der allerdings gegenüber einer Darstellung des Bundesvorstandes des Reichsbanners außerordentlich harmlos klingt. In diesem Bericht heißt es z. B. u. a.: „Die Lange Straße war überhaupt eins der Hauptziele der S. A.-Horden. Die aus verschiedenen Mordprozessen bekannte Berliner Staffel 33 durchzog am Sonnabend unter Absingen aufreizender Lieder und unter Bedrohung der dort wohnenden Reichsbannerkameraden die Straße. Rollkommandos versuchten die Straße zu stürmen. Mit Revolvern, Dolchen und Knüppeln gingen die Rowdys gegen die Bewohner vor. Fast sämtliche Fensterscheiben in den Parterre- und 1. Etagewohnungen sind zertrümmert, viele Türfüllungen eingedrückt. Am Sonntag morgen durchfuhren vier mit Nazis besetzte große Reisewagen die Straße. Von diesen Wagen aus wurde in die Wohnungen geschossen. Ein Wagen konnte mit der Nummer IY 20 997 festgestellt werden. Bei einem Zusammenstoß zwischen S. A.-Leuten und Bewohnern der Weberstraße forderten die Nazis die Bewohner auf, die Fenster zu schließen, anderenfalls würde geschossen. Am Sonntag nachmittag überrannten Nationalsozialisten eine dünne Postenkette der Polizei, die den Ackerhof und die Schloßstraße abgeriegelt hatte. Der Naziminister Klagges, angetan mit braunem Militärmantel und S. A.-Mütze, unterhielt sich mit dem diensttuenden Polizeioberleutnant. Er war also Augenzeuge des rechtsbrecherischen Verhaltens seiner „rauhen Brüder". Als die Sache brenzlich wurde, zog er sich in den Torbogen des Marstalls zurück. Kurze Zeit darauf passierte ein Feuerüberfall der Nazis auf dem Klint. Dort wurden in den Häusern Nr. 24, 30, 31 und 37 sämtliche Fensterscheiben und Fensterrahmen im ersten Geschoß zertrümmert. Hier rissen die Nazis auch das Straßenpflaster auf und bombardierten mit Pflastersteinen die Häuser. Durch einen solchen Steinwurf wurde das dreijährige Kind Edith Knackstedt schwer verletzt. Die Polizei war mancherorts dem Treiben der Banditen gegenüber einfach machtlos und wurde mehrfach stark bedroht. Der Polizeipräsident aber befand sich nach einer aus seiner Privatwohnung erteilten Auskunft beim Vorbeimarsch der Hitlerschen „Elitetruppen"."

Rückzug Japans.

Mit der Teilnahme Amerikas an den Genfer Verhandlungen einverstanden.

○ **London, 20. Oktober.**

Nach einer Reutermeldung aus Washington hat die japanische Regierung ihren Widerstand gegenüber der Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Genfer Verhandlungen über den mandschurischen Konflikt aufgegeben. Japan hat sich aber das Recht vorbehalten, in Fragen der Prozedur vor dem Völkerbundsrat Einspruch zu erheben. Der japanische Botschafter hat gestern auf Grund amtlicher Telegramme den amerikanischen Staatssekretär informiert, daß Japan bereits seine Truppen über den Yalu-Fluß zurückziehe und die Bombenflugzeuggeschwader zurückgezogen habe. Der Botschafter teilte ferner mit, daß die Eisenbahnverbindungen wieder hergestellt werden und daß die Banken allmählich den Betrieb wieder aufnehmen.

In ihrer Beantwortung der Hinweise der Mächte auf den Kelloggpakt wird die japanische Regierung, wie verlautet, die Gründe wiederholen, aus denen sie den Kelloggpakt in der mandschurischen Frage für unanwendbar hält. Sie wird ferner geltend machen, daß China durch die antijapanische Agitation und den Boykott, die durchaus keinen friedlichen Charakter hätten, seine Verpflichtungen verletzt habe.

★

Die Bedingungen für die Räumung.

⊙ **Tokio, 20 Oktober.**

Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, hat die japanische Regierung dem Völkerbund und der amerikanischen Regierung folgende Bedingungen für die Räumung der Mandschurei bekanntgegeben:

1. Die chinesische und die japanische Regierung geben das Versprechen ab, auf gegenseitige Angriffe und Gebietsverletzungen zu verzichten.
2. Die japanfeindliche Bewegung in China wird für alle Zukunft aufgehoben.
3. Die chinesische Regierung gewährt ausreichenden Schutz für japanisches Leben und Eigentum.
4. Die von japanischer Seite angelegten Gelder für die neugebaute Eisenbahn werden von der chinesischen Regierung zurückerstattet. Die Eisenbahnbauabkommen in der Mandschurei werden von China anerkannt.
5. Die chinesische Regierung erkennt sämtliche Vertragsrechte an, einschließlich des Rechtes japanischer Bürger, in der Mandschurei Land zu pachten.

★

Studenten demonstrieren gegen Japan.

:: **Paris, 20. Oktober.**

Wie die Agentur Indo Pacific berichtet, haben heute in Nanking etwa 20000 Studenten vor dem Gebäude der nationalen Regierung demonstriert. Sie haben der Regierung eine Denkschrift überreichen lassen. In dieser wird gefordert, daß die chinesische Regierung nicht direkt mit Japan verhandeln solle. Die Studenten verlangen die Aufstellung von Freiwilligenformationen. Die Regierung wird aufgefordert, endlich die nationale Einigung Chinas durchzuführen. Die Nankinger Studenten wünschen ferner, daß die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland wieder aufgenommen werden. Die gleiche Forderung wird von einem Teil der chinesischen Presse vertreten. Dazu ist zu bemerken, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Sowjetrußland seit zwei Jahren infolge des Konfliktes wegen der ostchinesischen Eisenbahn unterbrochen sind.

Kein Moratorium für russische Zahlungsverpflichtungen.

× **Berlin, 20. Oktober.**

In einem Teil der Presse werden Gerüchte verbreitet über eine Zahlungseinstellung Sowjetrußlands bezw. über Anträge auf ein Moratorium für fällige Zahlungsverpflichtungen in Deutschland. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, entbehren diese Nachrichten jeder Begründung.

Landtagsuntersuchungsausschuß für das Fürsorgewesen abgelehnt.

VDZ **Berlin, 20. Oktober.**

Die Dienstagsitzung des Preußischen Landtages wurde eingeleitet mit einer kurzen Beileidskundgebung des Hauses anläßlich des neuen schweren Grubenunglücks auf der Zeche „Mont Cenis".

Ministerialrat Rother vom Handelsministerium nannte das Unglück einen bedauerlichen Rückschlag in der Wirksamkeit der Sicherheitsmaßnahmen für die Bergwerke. Sobald die Untersuchung abgeschlossen sei, werde man zu überlegen haben, welche weiteren Sicherheitsmaßnahmen für die Bergarbeiter notwendig seien.

Bei Sitzungsschluß kam es wegen der gleichen Angelegenheit zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Rechtsparteien, weil eine Interpellation der SPD von einem „Antreibersystem auf Mont Cenis" spricht und behauptet, daß die Leitung dieses Bergwerkes zwar kein Geld für die Sicherheit der Grubenarbeiter, wohl aber für den Stahlhelm gehabt habe. Diese Interpellation und die anderen Anfragen und Anträge zur Grubenkatastrophe auf „Mont Cenis" werden am Mittwoch verhandelt.

Am Dienstag schloß das Haus die politische Debatte mit dem Anhören der Schlußworte der Antragsteller. Die Abstimmung über die Mißtrauensvoten usw. erfolgt am Donnerstag.

Zu erregten Szenen kam es dann bei einer Aussprache über den kommunistischen Antrag, einen besonderen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der in der Oeffentlichkeit viel erörterten Vorgänge in den Fürsorgeanstalten einzusetzen. Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) zog sich wiederholte Rügen des Präsidenten zu, als er unter Unruhe der Rechten und der Mitte von Ausschreitungen der „Pfaffen und Pfleger" sprach.

Abg. Frau Wessel (Ztr.) hielt den Kommunisten vor, daß sie die Politik in die Fürsorgeanstalten tragen wollten. Durch die kommunistische Verhetzung werde oft die mühseligste Erziehungsarbeit vernichtet. Die Fürsorgeerziehung müsse völlig von der Politik losgelöst sein. Deshalb halte das Zentrum auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für unzweckmäßig, weil seine Beratungen sicherlich stark ins politische Fahrwasser geraten würden. Die Rednerin warf die Frage auf, ob Sparmaßnahmen in der Fürsorgeerziehung überall ertragbar und zweckmäßig seien. Sie verurteilte die Vorgänge in Scheuen ebenso wie die Abg. Fr. Wachenheim (Soz.), die weiter als Forderungen ihrer Partei zum Fürsorgewesen u. a. Zusammenarbeit von Jugendamt und Fürsorgebehörden sowie geeignetere Ausbildung des Personals verlangte. — Der kommunistische Antrag, den erwähnten Untersuchungsausschuß einzusetzen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Massenverhaftungen nach einer kommunistischen Demonstration.

¶ **Essen, 20. Oktober.**

Die Kommunistische Partei hatte für heute nachmittag zu Demonstrationen aufgerufen, in deren Verlauf die Polizei einschreiten mußte, da trotz ihres Verbotes die Ansammlungen auch nach Anbruch der Dunkelheit andauerten. Es wurden insgesamt 213 Personen festgenommen.

Gegen 18,25 Uhr wurde im Stadtteil Essen-Borbeck eine Schutzpolizeistreife, bestehend aus acht Beamten, von etwa 200 bis 250 Personen mit Steinen beworfen. Außerdem wurden etwa 15 Schüsse auf sie abgegeben. Die Beamten erwiderten nun das Feuer. Als etwa 25 Beamte zur Verstärkung eintrafen, konnte die Menge zerstreut und die Ordnung wiederhergestellt werden. Verletzt wurden drei junge Männer, und zwar durch Schulter-, Bauch- und Oberschenkelschüsse.

Feuerüberfall auf ein Parteilokal der NSDAP.

•:• **Berlin, 20. Oktober.**

Ein NSDAP-Lokal in der Schillingstraße beschossen. Die Kugeln durchschlugen die Schaufensterscheibe des Lokals. Getroffen wurde ein 23jähriger Mann, der einen Arm- und Oberschenkelschuß erlitt. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht. Zwei Täter wurden festgenommen und der Abteilung I zugeführt. Beide waren im Besitz von Pistolen.

Eine ganze Familie ermordet.

Der Schwager der Tat verdächtig.

:: **Warschau, 20. Oktober.**

In der Ortschaft Osnica in Wolhynien brach im Hause eines Dorfbewohners namens Mitoch ein Feuer aus. Als die Dorfbevölkerung zur Rettung herbeieilte und einige Männer in das brennende Haus eindrangen, bot sich ihnen ein furchtbarer Anblick. Auf dem Fußboden lagen die Leichen des Mitoch, seiner Frau und seiner zwei Kinder, die bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt waren. Der Fußboden und die Wände waren mit Blut bespritzt. Als dringend verdächtig wurde kurz darauf der als rachsüchtig bekannte Schwager festgenommen, der wahrscheinlich die Familie ermordet und das Haus angezündet hat, um die Spuren seiner Tat zu verwischen.

★

Landung des „Graf Zeppelin" in Pernambuco.

)(**Pernambuco, 20. Oktober.**

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist hier gelandet.

Eintägige Kreuzfahrt.

:: **Pernambuco, 20. Okt.** Das Luftschiff „Graf Zeppelin" wird morgen früh zu einer eintägigen Kreuzfahrt aufsteigen. An der Fahrt werden vier Passagiere, mehrere Bundesbeamte, sowie der deutsche Konsul teilnehmen.

Das Unglück auf Mont Cenis.

Zwölf Tote, 19 Schwerverletzte.

× **Herne-Sodingen, 20. Oktober.**

Die Erregung über das furchtbare Unglück auf Mont Cenis ist groß. In allen Bevölkerungsschichten wird starke Anteilnahme an dem Schicksal der durch den Tod und die Verletzungen ihrer Angehörigen hart betroffenen Familien gezeigt. Den ganzen Tag über bildeten sich in den Straßen Gruppen von Menschen, die die Schlagwetterexplosion und ihre herben Folgen besprachen.

Inzwischen hat sich die Zahl der Toten auf zwölf erhöht.

Die schwerverletzten Bergleute Hermann Koschin, Hans Tscholski und August Steinkamp sind heute nacht im Krankenhaus Bergmannsheil gestorben. Vier weitere Schwerverletzte befinden sich noch in bedenklichem Zustand.

Von den bei dem Unglück auf Zeche Mont Cenis verletzten Bergleuten wurden, wie jetzt mitgeteilt wird, 22 in die Krankenhäuser eingeliefert, und zwar 12 ins Bergmannsheil in Bochum und zehn ins Krankenhaus Börnig. Fünf als verletzt gemeldete Bergleute konnten sich sofort nach Hause begeben, da es sich bei ihnen nur um geringfügige Verletzungen handelte. Von den im Bergmannsheil untergebrachten Verletzten sind in der vergangenen Nacht drei gestorben.

Die Beisetzung der Opfer findet am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr statt.

★

Hergang und Ursache der Explosion.

:: **Dortmund, 20. Oktober.**

Das Oberbergamt teilt mit: Der Unfallausschuß der Grubensicherheitskommission Dortmund trat heute aus Anlaß der Explosion, die sich auf der Schachtanlage Mont Cenis I/III ereignet hat, zusammen. Die von der Explosion betroffenen Grubenbaue wurden befahren. Im Anschluß daran fand eine eingehende Erörterung über die mutmaßliche Ursache und den Hergang der Explosion statt. Es wurde festgestellt, daß es sich um eine Schlagwetterexplosion handelt, bei der auch Kohlenstaub beteiligt war. Das Gesteinsstaubverfahren hat sich auch im vorliegenden Falle ausgezeichnet bewährt und eine weitere Ausbreitung der Explosion verhindert.

Die Explosion als solche war auf einen Streb beschränkt. Soweit Leute aus anderen Grubenbauen zu Schaden gekommen sind, ist es dem Nachschwaden zuzuschreiben.

Ueber die mutmaßliche Ursache der Explosion lassen sich noch keine Angaben machen, bevor die Aufräumungsarbeiten der jetzt gestundeten Betriebe durchgeführt sind und die behördliche Unfalluntersuchung zum Abschluß gekommen ist.

Verrat militärischer Geheimnisse.

Reichsbahnbeamte vor dem Reichsgericht.

)(Leipzig, 20. Oktober.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts trat am Dienstag, wie der Reichsgerichtsdienst des W. T. B. meldet, unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Baumgarten in die Verhandlung gegen den zur Zeit in Haft befindlichen Reichsbahnwerkstättenvorsteher Heinr. Appel aus Oberhausen, sowie gegen den Essener Reichsbahnobersekretär Heinrich Wenzel wegen Verrats militärischer Geheimnisse ein. Anwesend waren außer drei aus Polizei- und Reichsbahnkreisen stammenden Zeugen zwei Sachverständige, ein Major vom Reichswehrministerium, sowie der Reichsbahndirektor B. aus Essen. Aus dem zur Verlesung kommenden Eröffnungsbeschluß der als Anklagebehörde fungierenden Oberreichsanwaltschaft geht hervor, daß Appel seit Oktober vorigen Jahres fortgesetzt vorsätzlich in Oberhausen, Aachen, Maastricht und anderen Orten Zeichnungen und Schriften, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, in Besitz und Kenntnis anderer unter Gefährdung der Sicherheit des Reiches hat gelangen lassen. Wenzel soll sich in ähnlicher Weise gegen das derartige Delikte erfassende Spionagegesetz durch Ueberlassung geheimzuhaltender Gegenstände vergangen haben, jedoch nicht mit dem Vorsatz, die Reichssicherheit zu gefährden, allerdings unter der weiteren Beschuldigung, ihm als Beamten übergebene Sachen beiseitegeschafft zu haben.

Der Vorsitzende ging zur Feststellung der Personalien und des Werdeganges der Angeklagten über. Der 38jährige, bislang unbescholtene Appel ist Preuße und stammt aus Siegen. Während des Krieges war er bei einer Feldfliegerabteilung tätig. Seine hierbei erworbenen flugmotorischen Kenntnisse konnte er nahezu ein Jahr, vom Sommer 1918 bis zum Spätfrühjahr 1919, bei der Züricher Seebach Maschinen G. G. zu einem Monatsgehalt von über 1000 Mark verwerten. Im Juni 1920 kam er in Wanne-Eickel zur Reichsbahn, bestand die Lokomotivführerprüfung mit dem Prädikat „gut" und wurde 1928 zum außerplanmäßigen Reichsbahnwerkstättenvorsteher in Oberhausen mit einem Bruttomonatsgehalt von etwa 300 Mark befördert. Jetzt wurde ihm wegen der vorliegenden Straffache, deretwegen er am 7. Dezember v. J. verhaftet worden war, pensionslos gekündigt. Der Lebenslauf des 39jährigen Angeklagten Wenzel, der noch jetzt an den Folgen einer als Kriegsfreiwilliger erlittenen schweren Schulterverletzung laboriert, weist keinerlei bemerkenswerte Etappen auf. Er ist beim Maschinenamt 1 in Essen zu ungefähr dem gleichen Gehalt wie Appel tätig.

Als in diesem Stadium der Verhandlung die eigentliche Prozeßmaterie erörtert werden sollte, beantragte der Vertreter der Oberreichsanwaltschaft Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und insbesondere der Sicherheit des Reiches. Diesem Antrage wurde sofort stattgegeben.

Das Urteil wird nach Aeußerungen des Vorsitzenden Mittwoch mittag verkündet werden, worauf am nächsten Freitag in die Verhandlung des nebenher laufenden Prozesses gegen den kaufmännischen Angestellten Krieger aus Aachen eingetreten werden wird.

Brandstiftung und Kriminalroman.

Strecker zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

— Potsdam, 19. Oktober.

Im Großen Schwurgerichtssaal des hiesigen Landgerichtes fand heute die Verhandlung gegen den Schriftsteller Karl Strecker statt, der der vorsätzlichen Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug angeklagt ist. Strecker hatte wie erinnerlich, versucht, in der Nacht zum 27. August eine von ihm gemietete Villa in Klein-Machnow in Brand zu setzen, um durch Bezahlung der Feuerversicherung aus seiner verschuldeten Lage herauszukommen. Der Brand wurde indessen rechtzeitig entdeckt, sodaß er gelöscht werden konnte, ehe allzugroßer Schaden entstanden war. Strecker wurde in Weimar verhaftet. Die Verhandlung hatte ein großes Publikum in den Gerichtssaal gelockt, insbesondere war auch die Presse stark vertreten. Als Leumundszeugen sind von der Verteidigung auch die Schriftsteller Rudolph Presber und Karl Rosner zur Stelle gebracht worden. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Dr. Hartung, die Anklage vertritt Staatsanwalt Brinkmann. Die Verteidigung Streckers liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Goldbaum und Dr. Klee.

Karl Strecker war schon als Primaner schriftstellerisch tätig, wurde aber auf Wunsch seines Vaters zunächst Offizier. Als er mit den ersten Arbeiten Erfolg hatte, war der Vater mit seinem Berufswechsel einverstanden. Nach einer kurzen Kritikertätigkeit bei der „Vossischen Zeitung" war er dann 28 Jahre Theaterkritiker bei der „Täglichen Rundschau".

Auf welch seltsame Weise er dazu kam, das Delikt zu verüben,

erzählt er heute folgendermaßen: Durch die billigen Buchausgaben bekannter Schriftsteller mit Millionenauflagen gingen die kleineren Schriftsteller zugrunde. Anfangs dieses Jahres sei er in Schulden geraten, die etwa 5—6000 Mark betragen hätten. Als dann die Bankensperre kam, habe er nicht mehr ein und aus gewußt. Er habe sich vorgehalten, daß ein freier Schriftsteller in einer furchtbaren Lage sei: Wenn er sterbe, stehe die Frau mittellos da. Er habe sich mit Selbstmordgedanken getragen, aber von der Ausführung Abstand genommen, weil er seine Frau nicht im Stiche lassen wollte. Von seinen Sorgen habe er seiner Frau, die dreizehn Jahre jünger ist, nie etwas gesagt. Deshalb habe er auch in der letzten Zeit in seiner Arbeitskammer allein geschlafen. Da sei es passiert, daß durch die Schuld des Mädchens eine Perle aus einem Ohrring seiner Frau verloren ging. Um den Schaden bei der Versicherung anzumelden, habe er die Police vorgenommen und dabei sei die böse Versuchung an ihn herangekommen.

„Zu jener Zeit war ich mit den Nerven so herunter, daß ich

immerfort Stimmen vernahm

und förmlich Personen neben mir sah. Namentlich im rechten Ohr, an dem ich schwer operiert worden bin, klang es ständig. Das ist eine Erscheinung, so alt wie die Menschen. Wenn Kain den Abel hört, so ist das nicht Gott, sondern in Wirklichkeit die innere Stimme. Diese innere Stimme neben mir sagte immer: „Damit wirst du gerettet." Es kamen mir aber immer wieder Bedenken. In diesen furchtbaren Wochen war auch der Gedanke des Selbstmordes erneut an mich herangetreten, und ich wußte, daß, wenn ich meine Frau fragen würde, ob sie mit mir aus dem Leben gehen wolle, sie nicht Nein sagen würde. Die Gegenstimme aber sagte: „Es ist doch

noch lange nicht so schlimm, eine Aktiengesellschaft zu schädigen, als wenn zwei Menschenleben vernichtet werden.

Sieh zu, daß du durch Arbeiten viel Geld verdienst und dann den Schaden an die Versicherung zurückzahlst. Fontane hat doch mit 70 Jahren noch seine besten Romane geschrieben." Dieser innerliche Kampf währte fünf bis sechs Wochen. Bei dem Herumgehen im Hause war es kein Wunder, daß einem Schriftsteller der Gedanke kam: „Mit einer Brandstiftung hast du ja den Stoff für einen Kriminalroman."

So kreuzten sich bei mir immer die besten Gedanken des Versicherungsbetruges und des Romans.

Ich sagte mir, daß ich mit einem Buche, wenn es einschlägt, viel mehr verdienen würde als mit dem Versicherungsbetrug. Ich mußte diesen Stoff ausnutzen. Ich bin nicht Brandstifter geworden, sondern habe aus der Idee des Schriftstellers gehandelt! Während ich mich mit diesen Gedanken fortwährend herumquälte, habe ich, wenn ich in Berlin war und an einer Drogerie vorbeikam, irgendetwas gekauft: Benzin, Pulver für bengalisches Feuer, Schwefelfäden, Lunte, Dichtungsschnur. Meine Frau sollte von der Sache nichts wissen. Von einem Verlage hatte ich 850 Mark vereinnahmt, und ich schlug ihr vor, eine kleine Reise zu unternehmen. Sie sollte an den Bodensee fahren. Ich blieb in Weimar. Am Abend fuhr ich nach Berlin und legte das Feuer an.

Er schilderte dann im einzelnen die Ausführung der Brandstiftung. Er habe ursprünglich nur die Absicht gehabt, in der Schlafkammer Feuer anzuzünden; daß er auch in den anderen Räumen brennbare Stoffe zusammengetragen habe, sei

unter der Einwirkung von Alkohol

geschehen. Bei den ersten Vernehmungen habe er alles bestritten: denn wenn er das, was er bis dahin erlebt hatte, niedergeschrieben hätte, hätte es höchstens 20 Seiten seines Romans ergeben. Er wollte deshalb auch die Untersuchungshaft nicht umgehen! Im Untersuchungsgefängnis habe er bis jetzt 158 Romanseiten niedergeschrieben.

Rudolf Presber und Karl Rosner sagten als Zeugen aus, daß sie Strecker für ein Vorbild der Ehrenhaftigkeit und Korrektheit hielten, daß er in menschlichen und literarischen Fragen stets auf der Seite des Anstandes gestanden habe. Allerdings, fügte Presber hinzu, hätten seine geistigen Kräfte in letzter Zeit nachgelassen, und er habe einmal zu seiner Frau gesagt, daß es mit Strecker rapide zurückgehe. Alfred Kerr, der persönlich nicht anwesend sein konnte, schrieb, daß

die ganze Tat Streckers Wesen widerspreche.

Der eine Sachverständige schrieb die Tat des bisher unbescholtenen Mannes dem Einfluß einer Arterienverkalkung und dem damit in Zusammenhang stehenden Mangel an Gehirnfunktion zu. Der freie Wille, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, sei jedoch nicht ausgeschaltet gewesen, wenn auch viele mildernde Gründe vorhanden seien. So sei Strecker für die Tat doch verantwortlich. Der zweite Sachverständige meinte, die Ausführung der Tat sei beeinflußt worden durch Urteilsschwäche und Phantasterei.

Nach einstündiger Beratung verurteilte das Schwurgericht Potsdam Karl Strecker wegen Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug

zu einem Jahre Zuchthaus

unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, der Wille und der Vorsatz des Angeklagten seien darauf ausgegangen, das Haus oder einen Teil des Hauses zu zerstören. Nach dem persönlichen Eindruck des Gerichts habe der Angeklagte sich nicht in einem Zustand befunden, der die Anwendung des § 51 rechtfertige. Trotz der Schwere der Tat sei ihm aber zugute zu halten seine tadellose Vergangenheit, sein hohes Alter, seine verminderte Zurechnungsfähigkeit und seine wirtschaftliche Not. Deswegen habe das Gericht die gesetzlich zulässige Mindeststrafe für ausreichend gehalten und den Angeklagten zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Strecker, der während seines Schlußwortes einen Ohnmachtsanfall erlitten hatte, nahm das Urteil ruhig und gefaßt auf.

Neuregelung der Beziehungen zwischen Aerzten und Krankenkassen.

÷ Berlin, 19. Oktober.

Vom 14. bis 17. Oktober verhandelten die Spitzenverbände der Aerzte und Krankenkassen im Reichsarbeitsministerium über die Neuregelung des kassenärztlichen Dienstes. Es wurden Grundsätze hierfür aufgestellt. Die Verbände haben sich eine Erklärungsfrist bis zum 7. November 1931 vorbehalten.

Die Grundsätze suchen bei Sicherstellung aller ausreichenden und zweckdienlichen ärztlichen Versorgung der Versicherten einen gerechten Ausgleich der jahrzehntelangen Gegensätze zwischen Aerzten und Krankenkassen. Sie pauschalisieren die Aufwendungen der Kassen für die ärztliche Behandlung auf der Grundlage der Ausgaben des Jahres 1930 unter Gewährung eines Abschlages von sechs bis 20 Prozent und schaffen damit die Voraussetzung für eine befriedigende Regelung der Jungarztfrage. Während bisher für die Zulassung der Aerzte das Verhältnis 1 Arzt zu 1000 Versicherten galt, soll nunmehr die Zulassung schon zu 600 Versicherten möglich sein. Die Streitigkeiten im Arzt- und Honorarsystem werden damit beseitigt. Aus der Regelung ergibt sich eine weitgehende Vereinfachung des gesamten Kassenarztrechtes und ein starker Abbau der bisherigen schiedsamtlichen Tätigkeit.

Vermischte Nachrichten.

Todesopfer einer Benzinexplosion.

:: Erfurt, 19. Okt. Eine Benzinexplosion ereignete sich gestern nachmittag in einem Hause der Futterstraße, als die 36jährige Verkäuferin Gutentag in der Nähe des Ofens ihre Kleider mit Benzin reinigte. Die Verkäuferin erlitt so schwere Brandwunden, daß sie bald darauf starb. Das Zimmer wurde durch die Explosion größtenteils zerstört. Zu Hilfe eilende Hausbewohner wurden durch Stichflammen verletzt.

Drei Tote bei einem Autozusammenstoß.

•:• Paris, 20. Okt. Vergangene Nacht stießen auf der Chaussee von Paris nach Senlis ein Privatauto und ein mit Besuchern der Kolonialausstellung besetzter Autobus zusammen. Hierbei sind die drei Insassen des Privatautos getötet und sechs Insassen des Omnibusses schwer verletzt worden.

Die Trauer um Edison.

× West Orange, 20. Oktober. Zehntausende sind schon durch die Bibliothek Edisons defiliert, in der die Leiche des großen Erfinders aufgebahrt ist. Der Bürgermeister von Newyork, Walker, hat für morgen abend um 7 Uhr, für die Stunde, in der Edison beigesetzt wird, „eine Minute Dunkel" angeordnet.

Aus Westdeutschland.

264 Entlassungen wegen Streikens.

:: Hamm, 20. Oktober.

Wegen Befolgung der letzten kommunistischen Streikparole im Ruhrgebiet wurden auf der Zeche de Wendel 264 Bergarbeiter entlassen.

Wegen Absatzmangels wurde zum 31. Oktober 10 weiteren Bergleuten die Kündigung zugestellt.

So helfen Bielefelds Schlächtermeister.

Bielefeld, 20. Oktober.

Im Rahmen der Winterhilfe der Arbeitsgemeinschaft der Bielefelder Wirtschaft hat die Schlachterinnung beschlossen, ab Anfang November für zunächst fünf Monate monatlich je 1000 Pfund erstklassiges Speisefett in Packungen zu je 1 Pfund für notleidende Familien zur Verfügung zu stellen, ferner zur Verwendung in den Volksküchen für fünf Monate monatlich das Fleisch eines Ochsen von 1000 Pfund Lebendgewicht.

Eine Doppelwand für Schmuggelware.

Oberhausen, 20. Oktober.

In den Abendstunden wurde eine in der Mellinghoferstraße in Oberhausen belegene Wohnung nach geschmuggelten, unverzollten Tabakwaren durchsucht. Die Wohnung liegt in einem Hause, in welchem bereits Anfang September d. J. größere Mengen unverzollte Tabakwaren beschlagnahmt wurden. Diesmal wurden in einem zur Wohnung gehörigen Stalle 1850 Pakete unverzollten holländischen Tabaks gefunden, die in einer eigens hierfür konstruierten Doppelwand versteckt waren. Die Tabakwaren wurden beschlagnahmt und dem Zollamt übergeben.

Tödlicher Sturz von der Mauer.

)(Oberhausen, 20. Oktober.

In der Nacht zum Montag gegen drei Uhr kletterte ein 31 Jahre alter Mann aus Oberhausen-Sterkrade auf die Mauer des Restaurants „Brandenburger Hof". Als er auf dieser stand, verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte auf die Straße, wo er besinnungslos liegen blieb. Man schaffte ihn ins Krankenhaus, wo eine Schädeloperation vorgenommen werden mußte, die den Mann aber nicht mehr retten konnte; er starb kurz darauf. Der Verunglückte hatte mit mehreren Freunden in der Wirtschaft gezecht und wollte auf der Mauer allem Anschein nach in betrunkenem Zustand Kunststücke vorführen.

Kindesleiche im Stadtkoffer.

)(Duisburg-Hamborn, 20. Oktober.

In der Nähe des Erzlagers der früheren Hütte Phönix wurde aus dem Rhein ein sogenanntes Stadtköfferchen geborgen, in dem sich die Leiche eines neugeborenen Kindes befand. Die Kindesleiche wies keinerlei äußere Verletzungen auf; sie wurde, da der Verdacht eines Mordes besteht, beschlagnahmt.

Berufung im Hansmann-Prozeß.

:: Düsseldorf, 20. Oktober.

Die Berufungsverhandlung im Hansmann-Prozeß ist auf kommenden Freitag vormittag festgesetzt worden. Wie seinerzeit gemeldet, hatten alle drei Parteien gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt.

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger.

◇ Düsseldorf, 20. Oktober.

Am Dienstag gegen 8,30 Uhr wurde ein Geldbriefträger in der Gustav-Poensgen-Straße von zwei Leuten im Alter von etwa 20 Jahren überfallen. Die Täter folgten dem Geldbriefträger in ein Haus. Einer der Räuber würgte den Beamten, der auf die Täter einschlug und um Hilfe rief. Die Burschen ergriffen darauf die Flucht, doch konnte einer von ihnen noch im Hausflur festgehalten werden. Der andere wurde von einem Polizisten und einem Motorradfahrer verfolgt und in einem Toreingang festgenommen.

65 Ztr. Weizen, 17 Fahrräder.

Goch, 20. Oktober.

Zollbeamte stießen in der Hülmer Heide auf zwei Schmugglerkolonnen, die aus je zehn Mann bestanden. Die Schmuggler flüchteten unter Zurücklassung ihrer Schmuggelware und Fahrräder. Insgesamt fielen den Beamten 65 Zentner Weizen und 17 Fahrräder in die Hände. Verdächtige Rad- und Fußspuren führten die Beamten zum Gehöft eines Landwirts in Hülm. Hier fanden sie in einer Wagenremise 22 Sack Weizen. Der Besitzer erklärte, er wisse nicht, wie der Weizen an den Fundort gekommen sei. Der Weizen, insgesamt 33 Zentner, wurde beschlagnahmt.

Andernach im Lichtstreik.

●Andernach, 20. Oktober.

Der Lichtstreik in Andernach, über dessen Ursache wir bereits Mitteilung machten, ist in vollem Gange. Alle Schaufenster und Auslagen liegen im Dunkeln. Hier und dort beleuchtet eine Kerze oder Petroleumlampe nur notdürftig die Auslagen. Die Straßen liegen in einer Dunkelheit, wie sonst in später Nachtstunde. Die Bürgerschaft unterstützt in vollem Maße den Lichtstreik. Der geschäftliche Verkehr wird durch den Streik nicht unterbunden. Bekanntlich verlangen die Andernacher Geschäftsleute eine Herabsetzung des Strompreises von 48 auf 35 Pfennig je Kilowattstunde.

Eine grauenhafte Tat.

× Trier, 20. Oktober.

In der Nähe des in der Bürgermeisterei Bickendorf gelegenen Ortes Nieder-Weiler wurde am Montag nachmittag ein furchtbares Verbrechen aufgedeckt. Die 22jährige Landwirtstochter Maria Weber aus Nieder-Weiler hütete am Sonntag auf einer etwa eine Stunde vom Dorf entfernt liegenden Wiese die Kühe. Als sie um die gewohnte Stunde nicht nach Hause kam, machte sich ihr Bruder mit einer Reihe von Bekannten auf die Suche, die jedoch ergebnislos verlief. Am Montag wurden die Nachforschungen erneut unter Mitwirkung der Feuerwehr, Polizei und zahlreicher Ortsbewohner fortgesetzt. Nach mehrstündiger Suche wurde das Mädchen etwa 300 Meter von der Weide entfernt in einem Gebüsch ermordet aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß es sich bei der grauenhaften Tat um ein Sittlichkeitsverbrechen handelt.

★

⊙ **Beckum**, 20. Oktober. **Ueberfall.** Auf einem in der Nähe von Winkelhorst liegenden Bauernhofe überfielen morgens früh mehrere maskierte Räuber den beim Melken beschäftigten Schweizer. Nachdem sie diesen geknebelt hatten, sollte er den Besitzer des Hofes holen. Als dieser erschien, hielten die Räuber ihm einen Revolver vor und verlangten die Hergabe des Geldes. Der Gutsbesitzer war jedoch geistesgegenwärtig und lief sofort weg. Die Täter sandten mehrere Schüsse hinter ihm her, die jedoch fehl gingen; die Täter sind unerkannt entkommen.

⊙ **Beckum**, 20. Okt. **60 Zentner Speck verbrannt.** Auf der Chaussee geriet ein schwerer Lastwagen einer Hamburger Firma, der mit 60 Zentner Speck und 30 Zentner Schmalz beladen war, plötzlich in Brand. Der Wagen sowie die Anhänger wurden vernichtet. Das Personal konnte gerettet werden und außerdem 30 Zentner Schmalz.

+ **Borken**, 20. Okt. **Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit** verhandelte das münsterische Schöffengericht gegen den Gartenarbeiter Otto M. M., wiederholt wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestraft. Er gestand ein, sich in Borken in zahlreichen Fällen an kleinen Kindern in unsittlicher Weise vergangen zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust.

◈ **Recklinghausen**, 20. Okt. **Die Spitzengehälter der Kommunalbeamten.** Die Gehälter für die leitenden Kommunalbeamten in der Stadt Recklinghausen setzte der Magistrat wie folgt fest: Oberbürgermeister 14 000 ℳ Jahresgehalt, zuzüglich 2000 ℳ Aufwandsentschädigung. Der 1. Bürgermeister wird besoldet nach der Gehaltsgruppe a1b: 8000—11 500 ℳ Jahresgehalt, Stadträte „Normalstellen" nichtqualifizierte Stadtratsstellen) erhalten 8400 ℳ Jahresgehalt, zuzüglich 1200 ℳ Aufwandsentschädigung.

× **Bielefeld**, 20. Okt. **Zerstückelte Frauenleiche auf dem Bahnkörper.** Auf dem Bahnkörper der Strecke Bielefeld-Hannover wurde eine vollkommen zerstückelte weibliche Leiche aufgefunden, deren einzelne Teile weit verstreut umherlagen. Der Schädel war vollkommen zertrümmert. Es gelang bisher noch nicht, die Personalien der Toten festzustellen.

× **Lübbecke**, 20. Okt. **Nur 27 Mark für einen Lieferwagen.** Bei einer Zwangsversteigerung im benachbarten Nettelstedt wurde ein Lieferkraftwagen einer hiesigen Firma versteigert. Ganze 27 Mark wurden für das Auto geboten.

+ **Herford**, 20. Okt. **Die rettende brennende Zigarre!** Zwischen hier und Spenge stürzten in der Dunkelheit zwei Männer auf den Müllerwagen des Gutes Mühlenburg los und forderten: „Hände hoch! Geld heraus!" Der Führer sprang kurz entschlossen vom Wagen und preßte einem der Räuber seine brennende Zigarre derart ins Gesicht, daß dieser schmerzgepeinigt aufschrie und mit seinem Komplizen die Flucht ergriff.

Geldern, 20. Okt. **Schmuggler jagen in den Tod.** In Poelyk (Kreis Geldern) fuhren zwei von Zollbeamten verfolgte Schmuggler beim Einbiegen in die Sevelener Landstraße in voller Wucht auf ein Pferdefuhrwerk auf. Der Führer des Motorrades war sofort tot, während sein Sozius auf dem Weg zum Krankenhaus starb. Die Schmuggler stammen aus Neukirchen-Vluyn.

• **Köln**, 20. Oktober. **Jetzt auch in Köln dreifache Bürgersteuer.** Der Oberbürgermeister der Stadt Köln hat die Erhöhung des Zuschlags zur Bürgersteuer für 1931 um 100 v. H. auf 200 v. H. angeordnet. Die Anordnung liegt zurzeit der Aufsichtsbehörde zur Zulassung vor. Die Erhebung der Bürgersteuer mit dem dreifachen Landessatz (gleich 200 v. H. Zuschlag) ist unvermeidlich geworden, nachdem nunmehr feststeht, daß diejenigen Städte, die nicht mindestens den dreifachen Landessatz der Bürgersteuer erheben, an dem Wohlfahrtslastenfonds des Reichs und Preußens nicht beteiligt werden.

Bonn, 20. Oktober. **Vom Stiefsohn erschossen.** In der Nacht kam es zwischen einem Wirt in der Kölnstraße und seinem Stiefsohn zu schweren Auseinandersetzungen. Dabei zog der junge Mann den Revolver und gab drei Schüsse auf seinen Stiefvater ab. Dieser starb bald darauf an den Folgen der Verletzung. Die Mutter wollte den Streit schlichten und erhielt dabei von ihrem Sohne einen Schuß in die Hand. Der Täter wurde festgenommen.

Ahrweiler, 20. Okt. **Tragischer Autounfall spielender Kinder.** Am Sonntag wurde das Kreiskrankenauto zu einem Krankentransport angefordert. Als der Wagen am Obertor vorbeifuhr, mußte er einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Auto scharf ausbiegen. Mehrere Kinder hatten sich nun im Straßengraben im abgefallenen Lauf eingebuddelt, was der Führer des Krankenwagens nicht bemerkt hatte. Beim Ausbiegen kam der Wagen mit dem Hinterrad über den Straßenrand hinaus, wobei das Rad einem der Kinder über den Kopf ging und die Kopfhaut buchstäblich herunterriß. Das Kind wurde sofort dem Krankenhaus zugeführt, doch wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

Die Sechstagesaison hat begonnen.

Meyer-Stübecke führen in Montreal.

Montreal, 20. Oktober.

Als erstes Sechstagerennen der Saison läuft zur Zeit die 145 Stundenfahrt in Montreal, an dem sich auch die Deutschen Meyer und Stübecke beteiligen. Die erste Nacht brachte nicht nur einen großen Publikumserfolg, sondern auch erbitterte und aufregende Kämpfe auf dem Oval. In den ersten drei Stunden wurden 148,675 km zurückgelegt. Die Helden der Nacht waren Meyer-Stübecke, die bei Eintritt der Neutralisation mit Rundenvorsprung das Feld anführten. Das Ergebnis: 1. Meyer-Stübecke 23 Pkt., eine Runde zurück: 2. Dempsey-Fielding 10 Pkt., 3. Peden-Lepage 17 Pkt., 4. Horder-Cach 10 Pkt., zwei Runden zurück: 5. Audy-Piet van Kempen 24 Pkt., 6. Crosley-Baggio 16 Pkt. Alle übrigen Paare lagen drei und mehr Runden zurück.

Die Medaille der Reichsregierung wird — Kathreiner verliehen!

Die 2. Internationale Hygieneausstellung in Dresden hat eben ihre Pforten geschlossen. Vieles Neue, Wunderbare hat die Wissenschaft und die Industrie uns gezeigt — sehr vieles...

Die höchste Auszeichnung aber, die Medaille der Reichsregierung, wurde Kathreiner verliehen, unserm guten alten Kneipp-Malzkaffee. Wie hätte sich Kneipp darüber gefreut — der Erfinder des Kathreiner, der unvergeßliche Vorkämpfer der modernen Ernährungslehre...

Handel und Wirtschaft.

Spekulation gegen den Dollar.

Paris gegen Newyork.

Seit mehr als zwei Wochen haben in Paris unausgesetzt gewaltige Abgaben in Dollar stattgefunden; man schätzt den Betrag der täglich auf den Markt geworfenen Summen auf 30—35 Millionen Dollar. Sie kommen nicht nur von den französischen Banken, die seit Mitte September ihr Dollarguthaben liquidieren: Paris ist, da der Franken die einzige sichere Währung von Bedeutung geworden ist, zum wichtigsten Devisenumschlagsplatz Europas geworden: auch die holländischen und Schweizer Banken, die gleich den französischen ihre Dollarguthaben abstoßen und sich in der Unmöglichkeit gesehen haben, die bedeutenden Beträge, um die es sich handelte, auf den heimischen Plätzen abzustoßen, verkaufen über Paris, wo sich auch das von Amerika kommende Gold konzentriert, bevor es nach der Schweiz und, vorübergehend auch nach Holland weiterfließt. Daher kommt auch die Festigkeit des Schweizer Franken — und zeitweilig auch des holländischen Gulden — gegen den französischen Franken.

In den letzten Tagen haben sich die Dollarverkäufe verlangsamt; es ist aber kein Zweifel, daß die französischen Banken erst einen Teil ihrer Dollarguthaben zurückgezogen haben, daß aber noch bedeutende kurzfristige französische Gelder in Amerika stehen, die Guthaben der Bank von Frankreich gar nicht gerechnet. Die momentane Verlangsamung der Abgaben ist nur die Folge der beruhigenden amerikanischen Erklärungen über die Stabilität der Währung und der Bereitschaft der amerikanischen Notenbanken, jeden erforderlichen Goldbetrag herzugeben: es ist aber kaum zu bezweifeln, daß die französischen Banken auch den Rest ihres Dollarbesitzes liquidieren werden, so daß die Dollarverkäufe, in langsamerem Tempo vielleicht, fortgehen werden.

Wenn sich die akute Dollarpanik, die einige Zeit hindurch in Paris herrschte, auch etwas gelegt hat, so ist doch gar kein Zweifel möglich, daß sich die internationale Spekulation weiter stark à la Baisse in Dollar engagiert, also auf den Sturz der Dollarwährung spekuliert. Für Einmonatsdollar ist der Deportsatz in den letzten Tagen auf 35 Centimes gestiegen (16% Prozent p. a.) und da der Deport per 3 Monate wesentlich geringer ist (55 Centimes), kann man annehmen, daß auf die Dollarentwertung in kurzer Frist gespielt wird. Offenbar hat die Baissespekulation die Beobachtung ermutigt, daß in den letzten Wochen ein einziger Nehmer für Dollar vorhanden war: die Chase Bank, die für Rechnung der Federal Reserve Banken die Dollarstützung besorgt.

*

Nach einer Agenturmeldung aus New-York soll die Bank von Frankreich sich bereit erklärt haben, bei der Federal Reserve Bank eine Goldanleihe von 300 Mill. Dollar zu machen, während die Federal Reserve Bank nach und nach ihren Diskontsatz bis auf 5 Prozent heraufsetzen und die nicht garantierten Kredite für Handel und Industrie einschränken würde. Diese Regelung soll auf Grund der seit einigen Tagen von Vertretern der Bank von Frankreich mit den leitenden Persönlichkeiten der Federal Reserve Bank in New-York geführten Verhandlungen erfolgt sein.

*

Die Bank von Frankreich läßt 200 Millionen Dollar auf dem New-Yorker Markt.

× **Paris**, 20. Okt. Der New-Yorker Sonderberichterstatter der Agence Economique et Financière meldet seinem Blatt aus zuverlässiger Quelle, daß die Bank von Frankreich das Abkommen mit der Federal Reserve Bank ratifiziert hat, das vom Untergouverneur der Bank von Frankreich in New-York mit den führenden Persönlichkeiten der Federal Reserve Bank getroffen worden war. In diesem Abkommen verpflichtet sich die Bank von Frankreich, 200 Millionen Dollar auf dem New-Yorker Markt zu belassen. Außerdem hat die Bank von Frankreich seit langer Zeit wieder einmal für 20 Millionen Dollar amerikanische Papiere gekauft. Es sei wahrscheinlich, daß sie diesen Kauf mit den in Amerika noch vorhandenen Geldmitteln bezahle, die ursprünglich zurückgezogen werden sollten. Was im übrigen die Zurückziehung französischer Guthaben vom amerikanischen Geldmarkt anbelange, so ständen einige große Goldsendungen für eine Reihe Pariser Großbanken bevor, die sich trotz der außerordentlich optimistischen Berichte der französischen Sachverständigen noch nicht völlig beruhigt hätten.

Berliner Börse.

Zunahme der Spareinlagen.

× **Berlin**, 20. Oktober.

Bei der sich langsam verbreiternden Basis des Telephonverkehrs versickert das Geschäft als solches, sodaß man den Eindruck einer Verringerung der Umsatztätigkeit bekommt. Außerdem fehlten heute fast vollkommen die Anregungen und die Kurse erfuhren daher bei relativ wenigen Abschlüssen leichte Abschwächungen. Die Festigkeit der Auslandsbörsen wirkte etwas tendenzstützend und so ergaben sich meist nur Kursrückgänge von 1—2% gegen gestern. Weiter rege Nachfrage bestand nach Goldpfandbriefen, die sich gut behaupten konnten.

Anscheinend suchen gehamsterte Geldbeträge auch weiterhin Anlage, nachdem die Gefahr einer Markentwertung durch die innerpolitische Entspannung behoben ist.

Auch bei den Sparkassen hat sich aus demselben Grunde in den letzten Tagen die Lage erheblich verbessert. Es überwiegen Einzahlungen und die Abhebungen haben wesentlich nachgelassen.

Ueber die gebesserte Devisenlage bei der Reichsbank läß tsich Positives noch nicht sagen, vor allem kann man die weitere Entwickelung ja nicht voraussehen. Im Augenblick sind jedoch die Devisenabziehungen bedeutend geringer geworden.

Der Kampf zwischen Frankreich und Amerika um die Goldbestände nimmt eher noch schärfere Formen an. Aus Paris verlautet, daß die Bank von Frankreich am Donnerstag wahrscheinlich eine neue Diskonterhöhung vornehmen will und damit die alte Relation zum New-Yorker Diskontsatz wieder herstellen würde.

Die Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Aufgabe des Goldstandards durch die Vereinigten Staaten wurden in New-Yorker Bankkreisen als völlig unbegründet bezeichnet.

Auch Kanada ergriff besondere Maßnahmen, um die Stabilität seiner Währung zu sichern. Es hat zunächst mit sofortiger Wirkung die Ausfuhr von Goldmünzen und Goldbarren verboten.

Die Bemühungen innerhalb der Maklerschaft, eine Verständigung zwischen den Telephonmaklern und den freien Maklern herzustellen, gehen weiter. Verschiedene Vorschläge wurden heute unterbreitet, so z. B. den Telephonverkehr nur an drei Tagen in der Woche abzuhalten, doch sind alle diese Fragen noch in der Schwebe. Demnächst soll eine Kommission eingesetzt werden, die sich mit den Usancen des Freiverkehrs befassen wird, diesbezügliche Schritte sollen bereits beim Börsenvorstand unternommen worden sein.

Auch im weiteren Verlaufe des Tages bröckelten die Kurse bei kleinem Geschäft weiter leicht ab. Wieder machte sich in Schultheiß-Aktien stärkeres Angebot bemerkbar. Von festverzinslichen Werten lagen Goldpfandbriefe weiter im Vordergrunde des Interesses und besonders die 8%igen Emissionen der sächsischen, schlesischen und süddeutschen Pfandbriefanstalten waren stärker gefragt.

Am Geldmarkt machte die Erleichterung Fortschritte. Am Devisenmarkt notierte das englische Pfund abermals 7 Pfennige höher mit 16,42, Kanada und Athen waren im Gegensatz zu den schwächeren Auslandsmeldungen nicht verändert. Wien notierte wieder 50 Pfg. höher, Danzig plus 30 Pfg., die nordischen Devisen plus 40—50 Pfg.

Märkte.

◇ **Berlin**, 20. Okt. Im Interesse einer Entlastung des deutschen Hafermarktes besteht, wie wir erfahren, die Absicht, Maßnahmen zur Förderung des Haferexportes zu ergreifen. Es sollen etwa 150 000 Tonnen Hafer ausgeführt werden, wobei den Exporteuren für das zur Ausfuhr gebrachte Quantum eine Bescheinigung ausgefüllt wird, die zur Wiedereinfuhr von Futtergerste berechtigt, ähnlich dem für Weizen bezw. Roggen bereits in Geltung stehenden Austauschsystem.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 20. Oktober 1931.

(Für Getreide je 1000 kg für die übrigen Artikel je 100 kg.)

	19. 10.	20. 10.
Weizen märk. neue Ernte	212—215	211—214
Oktober	226	226—227
Dezember	230—229½	227¾—229
Tendenz	ruhig	stetig
Roggen märk. neue Ernte	186—188	185—187
Oktober	196	195½
Dezember	196¼—196	195
Tendenz	ruhig	abgeschw.
Gerste		
Braugerste	160—173	160—173
Futtergerste	152—160	152—160
Wintergerste	—	—
Tendenz	ruhig	stetig
Hafer märk.	138—147	137—146
Oktober	—	—
Dezember	152¼—153	153—155
Tendenz	ruhig	ruhig
Mai Waggon frei ab Hamburg	—	—
Tendenz		

	19. 10.	20. 10.
Weizenmehl	27¼—32¼	27¼—32¼
Tendenz	ruhig	behaupt.
Roggenmehl	26¼—26¾	26.1—28.6
Tendenz	ruhig	ruhig
Weizenkleie	9.90—10.1	9.9—10.1
Tendenz	ruhig	ruhig
Roggenkleie	9.1—9.3	9.1—9.3
Tendenz	ruhig	ruhig
Raps	—	—
Tendenz		
Leinsaat	—	—
Tendenz		
Viktoriaerbs.	20—27	20—27
kl. Speiseerbs.	—	—
Futtererbsen	—	—
Peluschken	—	—
Ackerbohnen	—	—
Wicken	—	—
Lupinen blau	—	—
gelbe	—	—
Seradella alt	—	—
neu	—	—
Rapskuchen	—	—
Leinkuchen	13.2—13.4	13.2—13.4
Trockenschn.	6	6
Soyaschrot	11.60	11.20
Torfmelasse	—	—
Kartoffelflock.	—	—

Amtliche Heu- u. Strohnotierungen

ab märkische Station für den Berliner Markt per 25 Kilogramm. (Erzeugerpreise)

Roggenstroh drahtgepreßt	0.70—0.80	bindfadengepr. Roggenstroh	0.50—0.70
		Weizenstroh	0.45—0.60
Weizenstroh drahtgepreßt	0.55—0.70	Häcksel	1.30—1.50
		Heu handelsübl.	1.30—1.60
Haferstroh drahtgepreßt	0.60—0.70	Heu, gutes	1.60—2.20
		Thymotee, lose	2.35—2.65
Gerstenstroh drahtgepreßt	0.60—0.70	Kleeheu	2.25—2.55
		Heu drahtgepreßt	30
Roggenlangstr.	0.65—0.90		

Schweinemarkt Altenessen.

× **Altenessen**, 20. Okt. Auftrieb: 1000 Ferkel, 305 Läufer. Marktverlauf: sehr langsam, Ueberstand bleibt voraussichtlich. Es kosteten: 6—8 Wochen alte Ferkel 4—8, 9—10 Wochen alte Ferkel 8—12; Läuferschweine: 3—4 Monate alte Ferkel 12—18, 4—6 Monate alte Ferkel 18—30 RM. Größere entsprechend höher.

Magdeburger Produkten.

◇ **Magdeburg**, 20. Okt. Weizen 215—217, Roggen 197—199, Sommer- und Futtergerste, zu Industriezwecken geeignet 166—168, Braugerste, mittlere 176—186, gute 182—186, Wintergerste 166—168, Hafer neuer/alter 144 bis 150, Viktoriaerbsen 220—250, Weizenkleie 9,50—10, Roggenkleie 8,75—9,25.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Berlin, 20. Okt. Auftrieb: 1551 Rinder, darunter 518 Ochsen, 354 Bullen, 679 Kühe und Färsen, 2175 Kälber, 4123 Schafe, 12534 Schweine. Marktverlauf: Bei Rindern ziemlich glatt, Kälbern lebhaft, Schafe in guter Ware glatt, sonst langsam, Schweine glatt. Es kosteten: Ochsen: a) 39, b) —, c) 35—37, c) —, d) 32 bis 34, e) 30—31; Bullen: a) 35—37, b) 34—35, c) 31—33, d) 28—30; Kühe: a) 29—31, b) 22—28, c) 18—21, d) 14—17; Färsen: a) 35—36, b) 31—34, c) 20—30; Fresser: 24—29; Kälber: a) —, b) 55—56 c) 42—62, b) 25—38; Schafe: a) 37—38, b) 43—46, c) 38—42, d) 30—33, e) 33—36, f) 22—30; Schweine: a) —, b) 53—54, c) 52—53, d) 84—51, e) 45—47, f) —, g) 45—47.

Hamburger Schweine- und Kälbermarkt.

× **Hamburg**, 20. Okt. Auftrieb: 6764 Schweine, 1248 Kälber. Marktverlauf: Schweine ruhig, Markt geräumt, mit guten Kälbern rege, geringe Ware vernachlässigt. Es kosteten: Schweine: a) 47—50, b) 43—45, c) 40—42, d) 30—36, e) 35—40; Kälber: a) —, b) 56—60, c) 49—53, d) 40—43, e) 18—23.

Wetterbericht.

Essen, 20. Okt. Das umfangreiche nordische Tiefdruckgebiet hat sich ostwärts weiter bewegt und in zwei Kerne geteilt, von dem der eine über Finnland, der andere über der mittleren Ostsee liegt. Die ersten Störungen erreichten Westdeutschland im Laufe der Nacht vom Montag zum Dienstag und brachten bei auffrischenden südwestlichen Winden zunehmende Bewölkung und stellenweise leichte Regenfälle. Auf der Rückseite des Tiefdruckwirbel dringt eine Kaltluftstaffel über Südschweden, Dänemark und Mittelengland südwärts vor. Der Witterungscharakter in Westdeutschland wird sich unbeständig gestalten.

Wetteraussichten für Mittwoch:

Bei frischen westlichen bis nordwestlichen Winden meist stark wolkiges Wetter mit einzelnen Schauerniederschlägen, Temperaturen noch etwas sinkend. Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Bei nordwestlichen Winden wechselnd bewölktes, sehr kühles Wetter mit noch einzelnen Schauerniederschlägen.

Westdeutscher Rundfunk.

Mittwoch, den 21. Oktober.

7 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8 Uhr: Morgenkonzert (Schallplatten).
8 Uhr: Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
10—10,15 Uhr: Gymnastik für Frauen. Hilde Bremus.
10,20—10,50 Uhr: Schulfunk. Jak. Astor wandert nach Amerika.
11—11,15 Uhr: Funkwerbung mit Schallplatten.
11,20—12 Uhr: Musikalischer Schulfunk für die Oberstufe höherer Lehranstalten, Leitung: Prof. Lemacher. Geistliche Instrumentalmusik.
12 Uhr: Schallplattenkonzert.
12,50 Uhr: Wetterbericht.
12,55 Uhr: Rauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert, Leitung: Wolf. 1. Ouvertüre „Die Femrichter" — Berlioz. 2. Neu-Wien, Walzer — Strauß. 3. Melodien aus der Pantomime „Das Wunder" — Humperdinck. 4. a) Ideale, Melodie — Tosti; b) Intermezzo a. d. Operette „Ja" — Mascagni. 5. Präludium, Chor und Tanz aus „Das Pensionat" — Supps. 6. Melodien aus dem Singspiel „Das Dreimädelhaus" — Schubert-Berté. 7. Im Herbst, Romanze — Schweda. 8. Vorwärts, Kinder, Marschpotpourri — Blankenburg.
15,30 Uhr: Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Uhr: Kinderstunde. Lustiges Allerlei.
16,20—16,40 Uhr: Erinnerungen an Mathias Claudius. W. Claudius.
16,40—17 Uhr: Streifzüge durch den Schweizer Nationalpark. Dr. Menke.
17—18 Uhr: Vesperkonzert, Leitung: Wolf. 1. Ouvertüre zur Oper „Der Barbier von Sevilla" — Rossini. 2. Melodien aus „Preziosa" — Weber. 3. Wiegenlied — Godard. 4. Musik zu „Pole Poppenspäler" Stierlin. 5. Wiener Bonbons, Walzer — Strauß. 6. Potpourri aus der Operette „Eva" — Lehar.
18,05—18,40 Uhr: Die Welt auf der Schallplatte. Frank Warschauer: Quer durch Amerika.
18,40—19 Uhr: Frauenfriedenswoche. Dr. Elisabeth Rotten: Erziehung zur geistigen Abrüstung.
19—19,15 Uhr: Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,30 Uhr: Vor allem Gesundheit. Oberregierungs- und Medizinalrat Prof. Dr. Döllner: Arzt und Patient in der Rechtsprechung.
19,30—19,55 Uhr: Arbeitslosigkeit. Eine Woche der sozialen Hilfe. Walter Salzmann: Die Arbeitslosenhilfe nach den Notverordnungen vom 5. Juni und 6. Oktober 1931.
19,55 Uhr: Erste Abendmeldungen.
20 Uhr: Sinfoniekonzert. Das Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Buschkötter; Solistin: Marie Chasin (Klavier). 1. Eine Faust-Ouvertüre — Wagner. 2. Klavierkonzert c-moll — Rachmaninow (Marie Chasin). — Gegen 20,50 Uhr: Intermezzo. Intendant Ernst Hardt: Arbeiter-Dichtungen. — 3. Dante-Sinfonie — Liszt.
22 Uhr: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 23,15 Uhr: Brettl auf Schallplatten.
23,15—24 Uhr: Meister des Jazz.

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	20. 10. Brief	20. 10. Geld	20. 10. bezahlt	19. 10. Brief	19. 10. Geld	19. 10. bezahlt
loko	7.73			7.46		
Oktober	—	—	—		—	—
Dezember	7.39	7.36	7.31	7.01	6.96	—
Januar 1932	7.44	7.40	7.44	7.10	7.07	7.10
März	7.61	7.59	7.61	7.30	7.27	7.30
Mai	7.76	7.75	7.75	7.46	7.43	7.45
Juli	7.87	7.86	7.87	7.60	7.58	7.60

Tendenz: ruhig

Liverpool: Baumwolle

	20. 10.	19. 10.		20. 10.	19. 10.
loko	4.94	4.85	Juni	4.74	4.59
Oktober	4.62	4.49	Juli	4.77	4.62
November	4.56	4.42	August	4.79	4.64
Dezember	4.55	4.41	September	4.81	4.66
Januar 1932	4.58	4.44	Oktober 32	4.84	4.69
Februar	4.61	4.47	Dezember 32	4.87	4.73
März	4.64	4.50			
April	4.67	4.53			
Mai	4.71	4.56			

	20. 10.	19. 10.
Tagesimport	3500	
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt. Upper F.G.	—	—
fair loko	—	—

Tendenz: fest

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	20. 10.	19. 10.
Loco Surtes F. G.	4.57	4.49
„ Broach F. G. (Good Staple)	4.27	4.19
„ M. G. Punjab/American F.G.	4.26	4.18
„ Centr. Provinces Oomra-Nr.1	4.39	4.31
„ Bengal F. G.	3.84	3.76
„ Bengal Superfine	4.04	3.96
„ Sind F. G.	3.84	3.76
„ Sind Superfine	4.04	3.96

New Orleans: Baumwolle

	20. 10.	19. 10.		20. 10.	19. 10.
loco	6.42	6.55	März	6.85	6.99—7.00
Oktober	6.45	6.58	Mai	7.04—05	7.19
Dezember	6.56—57	6.68—69	Juli	7.23—24	7.39—40
Januar	6.67—68	6.80			

Tendenz: kaum stetig

New York: Baumwolle

	20. 10.	19. 10.		20. 10.	19. 10.
loco	6.65	6.75	April	6.97	7.09
Oktober	6.49	6.59	Mai	7.06—07	7.18—21
November	6.50	6.60	Juni	7.15	7.29
Dezember	6.56—60	6.68—69	Juli	7.25—26	7.40
Januar	6.70—71	6.78—80	August	7.39	7.53
Februar	6.79	6.89	September	7.52	7.65
März	6.89—90	7.00—02			

Tendenz: stetig

Geschätzte Totalzufuhren	
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	4000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	47000
Zufuhren in Pacific-Häfen	—
Zufuhren im Innern	27000
Export nach England	5000
Export nach Frankreich	3000
Export nach dem übrigen Kontinent	21000
Export nach Japan und China	14000
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	45
Fracht für Standard	60

Wohlfahrts-Geld-Lotterie
Ziehung 23. bis 26. Okt.
Nur Bar-Gewinne, ohne Abzug zahlbar.
2892 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtbetrage von RM. 15000
Höchstgewinn RM. 8000
1 Hauptgewinn RM. 5000
1 Prämie RM. 2000
Wohlfahrts-Geld-Lose . . RM. 0,50
Glücksbriefe mit 5 Losen aus verschiedenen Tausenden . . RM. 2,50
Glücksbriefe mit 10 Losen aus verschiedenen Tausenden . . RM. 5,00
(Porto und Liste 40 Pfg. extra.) Versand unter Nachnahme.
Anz.-Verw. der Zeno,
Münster i. W., Salzstr 33 a (am Servatiiplatz)
Postscheckkonto Dortmund 20726.



Abeler
Feinuhrmacher und Juweliere
Münster i. W.
Bogenstraße 2 Fernruf 21577
Rheine i. W.
Emsstraße 2 Fernruf 665

Haus-Verkauf.
Habe ein Wohnhaus, bestehend aus 7 Zimmern, Keller, Stallungen, Garten u. kl. Wiese in Ebringhausen b. Werne a. d. L., unterhändlich zu verkaufen evtl. auch zu vermiet. Reflektanten wollen sich bis Samstag, d. 24. 10. 31, beim Unterzeichneten melden.
Caspar Schriever, Werne, Bonenstr. 10.

Limousine
6/25 PS., 4sitzig, 4türig, neuwertig, hat abzugeben.
Focke & Co. Nachf., Münster i. Westf., Warendorfer Str. 175.

Zu Ostern finden zwei ig. Damen od. Schülerinnen behagliches
Heim m. voll. Pension
bei einzelner Dame.
Fräul. Ellerbeck, Münster, Kaiser-Wilhelm-Ring 40.

Angebote

Suche fleiß. kath.
Mädchen
vom Lande, 16—20 J., Waschfrau vorhd., Gelegenheit zur Ausbild. in der Küche.
Frau Meiches, Gremmendorf-Münster, Gremmendorfer Weg 67

Getreide-, Futter-, Düngemittel- u. Kohlenagesch. sucht per 1. od. tüchtigen
Teilhaber oder Geschäftsführer
m. 7—10000 Mk. Kapit. Wohnung vorh. Fachmann od. Landwirtsk. bevorzugt. Ernsthafte Reflektant. m. Kapitalangabe wollen Off. unt. A 107 an die Anz.-Verw. d. Zeno, Münster, senden

HEIMARBEIT
schriftl. Rauo Verlag, Halle a. S.

Pianos
Radio
sämtlicher erster Firmen, große Auswahl.
Sprech-apparate
Platten
aller gangbaren Fabrikate.
Sämtl. andere Musikinstrumente, Saiten und Bestandteile.
Musikhaus
Fritz Riesenbeck
Münster, Glaspassage, Reparatur-Werkstatt.


10 große Mäusefänge
für Klavier und Gelege 60 Pfg. frko. Zusendg.
Jos. Wagenaar, Münster
Kattbagen 25

Hansa-Lloyd
1½—2 t, Schnellastwagen, Type Amerika, 4 Zyl., in neuwertigem Zustande, wenig gefahren, wegen Umstellung sehr preiswert zu verkaufen. Besichtigung od. Probefahrt jederzeit. Näh.
Münster i. Westf. Telephon 21464.

Darlehn
von 5000.— Mk. von Selbstgeber zu angemessenen Zinsen sofort ges. Gute Sicherheit.
Off. unt. M 36 an „Die Nachrichten" Greven, Münsterstraße 6.

4/20 Opel
Viers.-Luxus 950.—
Limousine 1050.—
Lim. Mod. 30 1250.—
Cabriolet 1100.—
Pullm.-Lim.
10/40 Opel, 5—7 Sitz und andere Wagen wie Citroën, Ford, Chevrolet, Essex usw., sofortb. (Ratenzahlung.)
Hansa-Garagen, Dortmund, Rubstr. 10b.

Welche
Holzgroßhandlung
richtet an gelegener Straße im Zentrum einem Geschäftsmann ein Lager in Kommission ein.
Off. unt. Z 322 an die Allg. Ztg., Coesfeld.

Vollständige
Laden-Einrichtung
für Modistin passend, billig zu verkaufen. Ladenlokal in Burgsteinfurt kann evtl. mitgemietet werden. Anfr. an Ann.-Exp. Winter, Burgsteinfurt.

Konkursverhütung
durch
C. Schrichel, Münster i. Westf., Hermannstr. 63.



Vertreter. Carl Neth, Münster i. Westf., Habichtshöhe 17

Geweckter, kräft., brav. Junge, 16—17 Jahre, kath., der sich als
Hotel-Hausdiener
ausbilden will, gesucht. Angeb. mit näh. Ang. unt. A 113 an d. Ang.-Verw. d. Zeno, Münster.

Gesucht wird für einen bürgerlichen Haushalt ein junges
Mädchen
das ohne gegenseitige Vergütung den Haushalt erl. kann. Küchenmädchen vorh. Angeb. unter R H 51 Beckum (Westf.), hauptpostlagernd, erbeten.

Herr
gesucht z. Verkauf von
Zigarren
an Wirte und Private.
H. Jürgensen & Co., Hamburg 22.

Gesuche

Mädchen
25 J., in Küche und Haushalt perfekt, sucht Stellung. Gute Zeugn. vorhanden.
Off. unt. C K 4058 an die Ahlener Volksztg., Ahlen, erbeten.

Fahrradmechaniker, 21 Jahre alt,
sucht Stellung
in Auto- od. Motorradbranche
als Volontär oder Chauffeur
(Führerschein I u. 3b).
Off. unter D D 44 an d. Tageblatt, Ochtrup, erbeten.

Landwirtstochter
18 Jahre, kath., sucht zum 1. November
Stellung
bei einem Landwirt.
Tine Eickerling, z. Zt. Gutsbes. Heinr. Halene, Ahlen i. W. Tel. 209.

Junges Mädel, 23 J., sucht Stelle als
Haustochter
zur welt. Ausbildg. im Haushalt, wo Dienstmädchen vorh. Taschengeld und Fam.-Anschl. erwünscht.
Angeb. an El. Borken i. W. Postlagernd.

Für ein 23jähriges
Mädchen
v. Lande, erf. in Küche u. allen Arbeiten eines landwirtschaftl. Haush. suchen wir pass. Stelle. Gute Zeugn. vorhanden.
Für ein 25jähriges
Mädchen
welch. bislang in klösterlicher Anstalt als Gehilfin auf d. Nähzimmer tät. war u. gut. Zeugn. hat, wird ähnl. Stelle ges.
Liebfrauenstift i. Münster.